

## Perspektiven der SPD für die Bundestagswahl

von Ralf Stegner ■ ■

» Die Wirtschaftsinstitute überbieten sich mit Negativprognosen, im Bund wird über ein drittes Konjunkturpaket spekuliert, in den Ländern droht vielen Betrieben das Aus und vielen Beschäftigten die Arbeitslosigkeit. Ursache ist, so die fast einhellige Meinung, der Marktradikalismus der letzten Jahre.

» Dennoch gibt es demoskopische Höhenflüge von FDP und teilweise der CDU, obwohl sie seit Jahren der Deregulierung das Wort reden. Ich habe gelesen, dass das Umfragehoch von schwarzgelb viel mit einem Grundvertrauen in deren Wirtschaftskompetenz zu tun hat. Wenn dies stimmt, können wir den Kampf um das Vertrauen in die Lösungskompetenz nur dann erfolgreich führen, wenn wir deutlich machen, dass die jetzige Krise weit über eine Krise der Finanzmärkte hinausgeht und das gesamte System des Marktradikalismus versagt hat.

» Neben den dringend zu regulierenden Finanzmärkten sind die Ungleichgewichte auf dem Güter- und Arbeitsmarkt zu beseitigen oder zumindest zu verringern. Die einseitige Exportausrichtung deutscher Unternehmen und Politik haben zu einer Einkommensverteilung von unten nach oben geführt: Die Lohnquote ist gesunken, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen massiv gestiegen. Zusammen mit einem „sparenden“ Staat senkte dies die Binnennachfrage, was den Exportdrang beflügelte, gleichzeitig aber die Importe dämpfte. Wir haben so zu einem internationalen Ungleichgewicht beigetragen, das die Finanzmärkte weiter destabilisierte.

» Die neoliberalen Auswüchse in unserer Partei sind weitgehend Vergangenheit, der Schulterschluss mit den Gewerkschaften ist seit dem Hamburger Parteitag im Wiederaufbau und der handlungsfähige Staat auch bei Sozis gefragt. Dabei geht es u.a. um Daseinsvorsorge und Garantie für gebührenfrei Bildung und lebenslang solidarische soziale Sicherungssysteme, aber auch um öffentliche Verfügungsgewalt über Bahn- und Stromnetze sowie eine nachhaltige Steuerreform, die einmal von oben nach unten umverteilt. Glaubwürdigkeit gewinnen wir aber nur, wenn auch wir den Umbau nicht als Luxus guter Zeiten sondern als elementar begreifen. Wir müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften den neuen Lohnsenkungsforderungen entgegentreten und Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen als die Chance begreifen, nachhaltiges unternehmerisches Denken und Handeln durchzusetzen. Staatliche Regulierung ist kein Hemmnis, sondern notwendige Bedingung für einen fairen und produktiven Wettbewerb. Wir müssen in unserem Wahlprogramm ein gerechtes, nach oben wirklich durchlässiges Bildungssystem beschreiben, in dem Wettbewerb nicht die höchste Maxime ist, sondern Gemeinsinn, Solidarität und Rückgrat. Dazu brauchen wir einen auch finanziell handlungsfähigen Staat. Zwar hat auch Peer Steinbrück inzwischen den Sinn von Börsenumsatzsteuer, Vermögensteuer und der Erhöhung des Spitzensteuersatzes erkannt, doch die geplante radikale Schuldenbremse würde die möglicherweise gewonnenen Spielräume wieder vernichten. Wir haben die Grundlagen, den Gegenentwurf für eine progressive linke Volkspartei zu bieten und sollten das konsequent nutzen. ■



↳ Dr. Ralf Stegner ist SPD-Landesvorsitzender, Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und Mitglied im Präsidium der Bundes-SPD.

Foto: www.spd.de